

**Kreistagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Oberberg**
Kölner Straße 296
51645 Gummersbach
TEL 02261/24540
FAX 02261/28695
gruene-ktf.oberberg@t-
online.de
www.gruene-oberberg.de

Mo 15-19 h, Mi 15-17 h, Do
10-15 h

Helmut Schäfer
Fraktionssprecher
TEL 02263/1599
FAX 012120268019

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kölner Straße 296

An den Landrat
des Oberbergischen Kreises
Herrn Hagen Jobi

51641 Gummersbach

05.09.2007

Antrag zur Sitzung des Kreistages am 13.09.2007

Der Oberbergische Kreistag fordert die Kreisverwaltung auf, gemeinsam mit den Umweltverbänden, den Kommunen des Kreises und dem Kreisumweltausschuss ein umfassendes Klimaschutzprogramm für Oberberg zu erarbeiten.

Das Klimaschutzprogramm umfasst alle für den Klimaschutz relevanten Politikfelder.

Hierzu gehören u.a.:

- eine klimaverträgliche Energiepolitik
- eine klimaverträgliche Verkehrspolitik
- eine klimaverträgliche Flächen- und Baupolitik

Einzubeziehen sind bei der Umsetzung der „Klimaschutzoffensive Oberberg“ insbesondere die Wirtschaft, alle Bildungsträger sowie die kommunalen Verwaltungen.

Begründung:

Der weltweite Klimawandel ist Realität. Und es ist mittlerweile unbestritten, dass der Mensch einen entscheidenden Einfluss auf die Veränderung des globalen Klimas hat. Zuletzt hat der Klimareport der Vereinten Nationen (sog. IPCC-Report) den von Menschen gemachten Klimawandel als wissenschaftlich unbestreitbar dargelegt. Der neue UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sagte in New York: „Unglücklicherweise war meine Generation etwas unachtsam dabei, auf unseren einzigartigen Planeten zu achten.“

Die vergangenen Jahrzehnte haben deutlich gemacht, dass unsere Wirtschaftsweise und unser Lebensstil, die ganz wesentlich auf der Ausbeutung fossiler Energieträger beruhen, naturunverträglich sind und das Überleben der Menschheit gefährden. Wir beuten derzeit in einem einzigen Jahr Ressourcen aus, die die Erde in Jahrmillionen gebildet hat. Auch Europa hat seinen Wohlstand seit der ersten industriellen Revolution auf fossilen Brennstoffen aufgebaut und so eine gewaltige Treibhausgas-Schuld aufgehäuft.

Wenn wir nicht kurzfristig weltweit gegensteuern, werden die Folgen des Klimawandels für viele Regionen der Erde – auch für Europa - lebensbedrohlich sein. Überschwemmungen, Dürren, Stürme, das Abschmelzen der Gletscher und der Anstieg des Meeresspiegels werden viele

Menschenleben fordern und extreme Kosten verursachen. Um die fortschreitende Erwärmung der Erde zumindest auf 2 Grad bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu begrenzen, müssen wir uns von unserem bisherigen Lebensstil verabschieden. Wir müssen so schnell wie möglich zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise übergehen (unabhängig davon, dass die fossilen Energieträger ohnehin knapper werden und endlich sind). Dies bedeutet nicht weniger Lebensqualität - im Gegenteil: Mit einer an die Umwelt angepassten Lebensweise und Technik werden wir und unsere Nachkommen eine bessere Zukunft als heute haben.

Den Kommunen kommt hier eine besondere Verantwortung zu, da die meisten Menschen auf der Erde mittlerweile in Städten leben. Nach dem Grundsatz „Global denken – lokal handeln“ muss deshalb auch im Oberbergischen Kreis eine grundsätzlich andere Entwicklung eingeleitet werden. Das fossile Zeitalter geht auch lokal zu Ende.

Der Oberbergische Kreis hat sich durch den Beitritt zum Klimabündnis „Alianza del Clima“ im Jahre 1996 bereits per Beschluss verpflichtet, bis 2010 die CO₂-Emissionen gegenüber dem Referenzjahr 1987 um 50% zu senken. Vom Erreichen dieses Zieles sind wir weit entfernt. Leider hat der Landrat zum Ende des letzten Jahres die Mitgliedschaft des Oberbergischen Kreises im Klimabündnis gekündigt. Der Austritt wurde von der Kreistagsmehrheit mitgetragen. In der Debatte um ein mögliches Verbleiben im Klimabündnis wurde auch von den Austrittsbefürwortern die hohe Bedeutung von Klimaschutzmaßnahmen hervorgehoben. Diese seien jedoch nicht an die Mitgliedschaft beim Klimabündnis gekoppelt.

Es ist Zeit den Ankündigungen Taten folgen zu lassen!

Deshalb sollte der Oberbergische Kreistag ein umfassendes Programm zur Erreichung von Klimaschutzziele beschließen, dem alle Politikfelder unterworfen werden:

Klimaverträgliche Energiepolitik

Die Energiepolitik folgt dem Grundsatz der „drei großen E“:

Energieeinsparung

Energieeffizienz

Erneuerbare Energien

Vorrang für Energieeinsparung und Energieeffizienz, Deckung des verbleibenden Energiebedarfs über Erneuerbare Energien. Es werden folgende Maßnahmen ergriffen:

- a) Einleitung einer dauerhaften lokalen (Image-)Kampagne für Energieeinsparung, Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien. Die kommunalen Energieversorger sollten Ökostrom-Tarife einrichten und engagiert für diese Tarife werben.
- b) Wärmedämmung und energetische Modernisierungsmaßnahmen an allen kommunalen Gebäuden (soweit noch nicht geschehen)
- c) Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung und EnergieContracting bei öffentlichen Gebäuden und Liegenschaften
- d) Neubau öffentlicher Gebäude im Passivhausstandard
- e) Bezug von 100 % Naturstrom für alle öffentlichen Gebäude

- f) ausschließlicher Einsatz energieeffizienter Geräte (Geräte der Energieeffizienzklasse A+(+))
 - g) ausschließlicher Einsatz von Energiesparlampen
 - h) Schaltleisten, um den nicht notwendigen Standby-Betrieb von Geräten weitgehend auszuschließen. Die Leisten sind bedienerfreundlich anzubringen.
2. Der Kreistag fordert die kommunalen Energieversorger auf, den Anteil des durch erneuerbare Energien erzeugten Stroms deutlich zu erhöhen und den Verbrauchern Ökostromtarife anzubieten.
 3. Der Kreistag fordert die kommunalen Energieversorger auf, sich verstärkt für die Energiewende zu engagieren durch direkte Beteiligungen an Kraftwerksneubauten, die ausschließlich mit erneuerbaren Energien Strom erzeugen oder moderne Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung sind.
 4. Bei Renovierung oder Neubau kommunaler Gebäude sollen die Dächer und Fassaden mit integrierter Photovoltaik Stromerzeugung ausgestattet werden („Fassadenkraftwerke“). Der Kreis verpflichtet hierbei zu einer Vorbildfunktion.

Klimaverträgliche Verkehrspolitik

Der PKW- und LKW-Verkehr hat einen erheblichen Anteil an den CO₂-Emissionen. Der Modal-Split in Oberberg (Aufteilung der Verkehrswege auf die verschiedenen Verkehrsträger) soll deshalb konsequent zugunsten des Umweltverbundes verändert werden. Der Anteil der Verkehrsarten des Umweltverbundes (Fußgänger, Fahrradfahrer, ÖPNV) sollte in den nächsten Jahren deutlich gesteigert werden.

Es werden folgende Maßnahmen ergriffen:

- a) Einleitung einer dauerhaften lokalen (Image-)Kampagne für die Verkehrsarten des Umweltverbundes
- b) Ausbau des Radverkehrsnetzes mit Schließung aller Lücken
- c) Ausbau des vorhandenen Schienennetzes und Angebotsoptimierung im Bestandsnetz
- d) klarer Vorrang bei Ampelschaltungen für den Umweltverbund
- e) Beschaffung ausschließlich emissionsarmer Dienstfahrzeuge mit Einhaltung der künftigen EU-Norm von 120 g CO₂ pro Kilometer
- f) Einführung eines kommunalen Mobilitätsmanagements mit Minimierung der Treibstoffkosten und Emissionen

Klimaverträgliche Flächen- und Baupolitik

Die Außenentwicklung der Oberbergischen Kommunen ist weitgehend zu Ende und nicht mehr umwelt- und klimaverträglich zu gestalten. In Zukunft wird nur noch eine Innenentwicklung der Kommunen – auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels - in Frage kommen. Zugleich wird die Kooperation der Kommunen in der Wohnungs- und Flächenpolitik noch wichtiger. Es sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- a) Ein integriertes Freiraumsystem (IFS) wird in der Bau- und Flächenpolitik erstellt (vergl. Stadt Bonn) und konsequent eingehalten.
- b) Verbesserung des Kleinklimas: Pflanzung zusätzlicher Bäume und Sträucher, Entsiegelungen von Flächen, Dachbegrünung auf städtischen Gebäuden, private Dachbegrünung wird gefördert
- c) In der Bauleitplanung werden künftig stets Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 23 lit. b BauGB getroffen. Alle Planentwürfe sollten Vorschläge für Festsetzungen enthalten, die die Installation von Solaranlagen oder anderer Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien vorgeben (z. B. Geothermie).
- d) Einführung eines Ausgleichsflächenkatasters
- e) Die Nutzung der Dächer der öffentlichen Gebäude für Solarthermie und Photovoltaik wird dadurch verbessert, dass die Verwaltung eine öffentlich einsehbare Liste über alle Dächer kommunaler Gebäude, die sich für Photovoltaik-Anlagen eignen, erstellt und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt. Der Kreistag begrüßt die Einrichtung von Photovoltaikanlagen auf diesen Dächern auch im Wege des Contractings mit Dritten bzw. durch Bürgercontracting (siehe Solar- und Sparprojekte, wie Aggertal-Gymnasium Engelskirchen).
- f) Die Verwaltung wird beauftragt, Energieleitlinien zu erarbeiten, die als Grundregeln bei der Planung kommunaler Gebäude (Neubau) und im Gebäudebestand (Sanierung) im Sinne der rationellen Energieverwendung zu berücksichtigen sind. Hierbei sind Aussagen zu Architektur, baulichem Wärmeschutz, Heizungstechnik, regenerativen Energien, Raumluft- und Regelungstechnik, Elektrotechnik, Wassereinsparung, Fahrzeugen und Straßenbeleuchtung zu treffen. Die Energieleitlinien sind von Vertragspartnern bei Baumaßnahmen zu beachten.

Einbeziehung der Wirtschaft in das Klimaschutzkonzept Oberberg

- a) Der Oberbergische Kreis nimmt mit der Industrie- und Handelskammer sowie der Kreishandwerkerschaft Oberberg dahingehend Kontakt auf, die ortsansässigen Unternehmen in das Klimaschutzkonzept Oberberg einzubeziehen.
- b) Der Kreis nimmt mit der Kreissparkasse Köln sowie den örtlichen Sparkassen und Volksbanken dahingehend Kontakt auf, dass ein BürgerInnenfonds für klimagerechte Geldanlagen aufgelegt wird. Kreditvergaben sollen sich künftig am Kriterium der Klimafreundlichkeit orientieren.

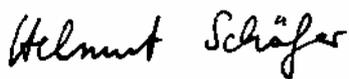
Einbeziehung von Schulen das Klimaschutzkonzept Oberberg

Der Kreistag setzt sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche an Oberbergischen Kindergärten und Schulen über die Problematik des Klimawandels und die Ziele des globalen und lokalen Klimaschutzes informiert werden und die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in den Bildungseinrichtungen einen höheren Stellenwert erhält. Die NutzerInnen öffentlicher Einrichtungen werden verstärkt in Verantwortung eingebunden. Die positiven Erfahrungen anderer Kommunen mit Anreizsystemen (z.B. „fifty-fifty“) werden hierbei genutzt.

Organisatorische Maßnahmen innerhalb der Kreisverwaltung zum Klimaschutzkonzept Oberberg

1. Auch wenn Klimaschutz eindeutig eine Querschnittsaufgabe für Politik und Verwaltung ist, so ist es ebenso eine Führungsaufgabe von höchster Bedeutung. Es wird deshalb umgehend eine Stabsstelle zum Klimaschutz geschaffen. Aufgaben der Stabsstelle sind u. a.:

- a) Entwicklung von Kennzahlen zum Klimaschutz und Beschlussvorlage an die Politik („Was muss bis wann erreicht sein?“).
 - b) Erstellung eines CO₂-Emissionsberichts und - darauf aufbauend – einer jährlichen CO₂-Bilanz als Vorlage für den Kreistag, aus der hervorgeht, in welchem Umfang eine Verminderung klimaschädlicher Emissionen bereits erreicht ist.
 - c) Umsetzungskontrolle für das Klimaschutzkonzept und die beschlossenen Kennzahlen
 - d) „Klima-Check“ für alle Beschlussvorlagen, ob sie den beschlossenen Klimaschutz-Zielen entsprechen
 - e) Fortlaufende Information an das ICLEI-Netzwerk, die Vereinten Nationen und weiterer Institutionen und Interessengruppen über Entwicklungen und Ergebnisse der Oberbergischen Klimaschutz-Politik
2. Die Verwaltung sorgt für eine konsequente, umweltfreundliche Beschaffung, d.h. für den Einsatz von Produkten aus nachhaltiger Bewirtschaftung wie Holz mit FSC-Siegel, mit Blauem Engel, aus fairem Handel, aus der Region bzw. mit Öko-Siegel.
3. Die Verwaltung wird beauftragt die von der EnergieAgentur NRW angebotene sog. „E-fit“ Woche in regelmäßigen Abständen zu nutzen. Im Zuge dieser Maßnahme werden in jedem Fachbereich und/oder Gebäude Energiebeauftragte benannt, die Ansprechpartner für Kollegen sind und die Umsetzung der erarbeiteten Einsparmaßnahmen (Benutzung von schaltbaren Steckerleisten, Tipps zur richtigen Belüftung, ...) begleiten.
4. Der Kreis bzw. die Kommunalverwaltungen beraten ansiedlungswillige Unternehmen dabei, wie sie ihren Energieverbrauch auf das Mindestmaß senken und erneuerbare Energien nutzen können - ggf. durch Hinzuziehung sachkundiger Dritter (Energieagentur NRW, Energieberatung, Beratung im Rahmen von Ökoprofit)
5. Der Oberbergische Kreis revidiert seinen Beschluss, aus dem Klimabündnis auszutreten. Stattdessen bringt er sich zukünftig im Klimabündnis aktiv ein und beteiligt sich am regen Austausch über Klimaschutzmaßnahmen innerhalb des Bündnisses von über 1.000 europäischen Städten und Gemeinden.



Helmut Schäfer, Fraktionssprecher